

Brüssel, 10. Januar 2023

Deutsche Industrie- und Handelskammer

State aid – exemptions for small amounts of aid (de minimis aid) (update)

We thank you for the opportunity to give feedback.

- The proposed threshold for aid that does not have to be notified to the Commission should be increased significantly.
- The introduction of a binding public register is to be welcomed but the register's scope needs to be carefully designed.
- More clarity should be provided regarding the responsibility for complying with the de-minimis-threshold during the three-year transition period following the introduction of the central register.

Stellungnahme zum Entwurf der Kommission für eine Verordnung über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o. g. Entwurf.

Die DIHK begrüßt das generelle Ziel der Kommission, die von der Beihilfekontrolle freigestellten Beträge für Fördermittel der Mitgliedstaaten an Unternehmen zu erhöhen. Jedoch wird der von der Kommission vorgeschlagene neue Schwellenwert von 275.000 EUR als deutlich zu niedrig eingestuft. Die von der Kommission angeregte Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers wird überwiegend positiv bewertet, da es das Potenzial besitzt, zu mehr Klarheit für Unternehmen bei der Beurteilung der Rechtsnatur von Beihilfen beizutragen. Dennoch wird auch diesbezüglich noch Klärungsbedarf gesehen.

Die DIHK nimmt wie folgt Stellung:

A. Überarbeitung der am 31.12.2023 auslaufenden De-minimis-Verordnung

Die De-minimis-Verordnung wird nur bis zum Ende des Jahres 2023 gelten und eine Überarbeitung ist geboten. Laut Angaben der Kommission basiert der von ihr vorgelegte Entwurf auf Erkenntnissen einer Evaluierung der Beihilfepolitik im Zusammenhang mit einer Eignungsprüfung. An der Initiative der Kommission zum „Paket zur Modernisierung der staatlichen Beihilfen von 2012, Eisenbahnleitlinien und kurzfristige Ausfuhrkreditversicherungen – Eignungsprüfung“ hat sich die DIHK bereits am 07. März 2019 durch eine [Stellungnahme](#) beteiligt und sich für eine Anhebung des Höchstbetrages für anmeldefreie De-minimis-Beihilfen ausgesprochen.

Anhebung des Schwellenwertes für De-minimis-Beihilfen

Generell sind Fördermittel der EU-Mitgliedstaaten bei der Kommission anzumelden und die Maßnahme nicht durchzuführen, bevor die Kommission einen Genehmigungsbeschluss erlassen hat. Die derzeit noch geltende De-minimis-Verordnung, Verordnung (EU) Nr. 1407/2013, gestattet Ausnahmen von der Beihilfekontrolle für transparente Maßnahmen von solch kleinen Beträgen, bei denen angenommen wird, dass sie nicht den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen und dass sie sich nicht nachteilig auf den Handel im Binnenmarkt auswirken werden. Solch geringe Beträge werden rechtlich nicht als Beihilfen im Sinne des Artikel 107 AEUV gewertet und die EU-Mitgliedstaaten müssen sie nicht bei der Kommission zur Genehmigung anmelden.

Um gegenwärtig von der Notifizierungspflicht ausgenommen zu werden, sieht die noch geltende De-minimis-Verordnung für Beihilfen, die in ihren Geltungsbereich fallen, über den Zeitraum von drei Steuerjahren verteilt, grundsätzlich einen Schwellenwert von 200.000 EUR vor, der nicht überschritten werden darf. Der Schwellenwert für De-minimis-Beihilfen wurde zuletzt im Jahr 2006 angehoben und berücksichtigt nach Angaben der Kommission die Inflation im Zeitraum 2006 bis 2013.

Um der Inflation in der Zeitspanne von 2014 bis 2030 Rechnung zu tragen, sieht der Entwurf der Kommissionsverordnung nun vor, den Schwellenwert auf einen neuen Höchstbetrag von 275.000 EUR anzuheben. Wie genau dieser neue Schwellenwert ermittelt wurde, ist jedoch nicht ersichtlich. Ebenfalls könnte aus Sicht der IHK-Organisation der neue Höchstbetrag deutlich über die angedachten 275.000 EUR erhöht werden – auch unter Bezugnahme auf die Corona-Krise und sonstige gegenwärtige weltpolitische Verwerfungen, die zu allgemeinen Kostensteigerungen und einem höheren Förderbedarf bei Unternehmen führen. Von Teilen der Wirtschaft wird eine Anhebung des Höchstbetrages auf 500.000 EUR vorgeschlagen.

Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers

Es ist Aufgabe der Kommission, dafür zu sorgen, dass die Beihilfenvorschriften eingehalten werden. Jedoch ist sie dabei auf die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten angewiesen, welchen korrespondierende Pflichten auferlegt wurden, die sich auf Unternehmen auswirken. Ein EU-Mitgliedstaat ist dazu angehalten, eine neue De-minimis-Beihilfe erst dann zu gewähren, wenn er sich vergewissert hat, dass die Vorschriften der De-minimis-Verordnung eingehalten wurden und insbesondere, dass durch die Bereitstellung der Maßnahmen der Gesamtbetrag aller dem betreffenden Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen nicht den nach der De-minimis-Verordnung zutreffenden Höchstbetrag überschreiten wird. Bisher war es den EU-Mitgliedstaaten überlassen, ob sie ein Zentralregister für De-minimis-Beihilfen mit Informationen über alle von Behörden in diesem Mitgliedstaat gewährten De-minimis-Beihilfen einführen.

Nach dem Vorschlag der Kommission für die Überarbeitung der Verordnung über De-minimis-Beihilfen haben die Mitgliedstaaten für die Bereitstellung eines zentralen De-minimis-Beihilfenregisters innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung zu sorgen. Alternativ hierzu können sie die einschlägigen Angaben zu den von einer Behörde in dem jeweiligen Mitgliedstaat gewährten De-minimis-Beihilfen in ein Register auf Unionsebene bereitstellen. Die Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers auf nationaler Ebene wird von der DIHK-Organisation weitgehend als positiv bewertet. Teilweise wird jedoch auch um eine behutsame Eingrenzung des Umfangs eines weiteren öffentlichen Registers gebeten.

Der Entwurf der De-minimis-Verordnung sieht zudem vor, dass sobald die Informationen im Zentralregister einen Zeitraum von drei Steuerjahren abdecken, Artikel 6(1) der jetzigen und der vorgeschlagenen überarbeiteten De-minimis-Verordnung nicht mehr angewandt werden sollen. Damit würde die Verpflichtung eines EU-Mitgliedstaates, die Beihilfe erst dann zu gewähren, „nachdem er von dem betreffenden Unternehmen eine Erklärung in schriftlicher bzw. elektronischer Form erhalten hat, in der das Unternehmen alle anderen ihm in den beiden vorangegangenen Steuerjahren sowie im laufenden Steuerjahr gewährten De-minimis-Beihilfen angibt, für die die vorliegende oder andere De-minimis-Verordnungen gelten“, entfallen. Die DIHK regt eine Klarstellung der Frage an, ob Unternehmen für die Übergangszeit von drei Steuerjahren nach Inkrafttreten des Zentralregisters damit in der Verantwortung zur Einhaltung des De-minimis- Höchstbetrages bleiben und von ihnen eine De-minimis-Liste zu führen ist.

B. Gesamtbewertung

Die DIHK begrüßt, dass die Kommission einen Vorschlag für die Überarbeitung der Verordnung über De-minimis-Beihilfen vorgelegt hat. Allerdings sollte der neue Schwellenwert für Beihilfen, die nicht bei der Kommission angemeldet werden müssen, deutlich angehoben werden, um auch den im Rahmen der gegenwärtigen „Krisen“ und den dadurch erfolgten staatlichen

Unterstützungsmaßnahmen gestiegenen Summen Rechnung tragen zu können. Bezüglich der Einführung eines verbindlichen öffentlichen Registers legen wir nahe, dessen Umfang behutsam auszugestalten. Wichtig wäre auch eine Klarstellung hinsichtlich der Verantwortung zur Einhaltung des De-minimis-Höchstbetrages während der drei-jährigen Übergangszeit nach Einführung des Zentralregisters.

Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Dr. Julia Schmidt
Leiterin des Referats Europäisches Wirtschaftsrecht
Bereich Recht
E-Mail: schmidt.julia@dihk.de
Tel.: +32-(0)2-286-1663
DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammer
Vertretung bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts, B- 1000 Brüssel

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften. Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei. Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern. Sie ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 22400601191-42).